

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 56.

Dresden, Dienstag den 9. März 1909.

20. Jahrg.

Abonnementspreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringens monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3466. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 31. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Der hitzige Sekundant.

Es wird uns geschrieben:
Als „brillanter Sekundant“ im Duell von Algeciras hat Wilhelm II. den Vorgänger des Freiherrn v. Rehrenthal, den Grafen Soluchowski, bezeichnet und ihm versprochen, er könne der Dienste im gleichen Fall auch vom Deutschen Kaiser groß sein. Seine Stelle trat Herr v. Rehrenthal, der der österreichischen Seite einen weiteren Ruch nach der französisch-englischen Seite schon Soluchowski hatte keineswegs den Ehrgeiz gehabt, der europäischen Politik lediglich als treuer Sekundant der hiesigen Regierung zu erscheinen und hatte darum auch nach Empfang des Berliner Telegramms in der Wiener Presse erklären lassen, daß Österreich auf der Konferenz Algeciras eine Haltung eingenommen habe, die den Franzosen weniger freundlich gewesen sei als den Engländern. Als dritte Partei später der Barockfreiheit durch den sibirischen Cosoblanco eine neue Beschäftigung erfährt, demonstrierte Herr v. Rehrenthal die deutsche Regierung, indem er erklärte, daß ihm der Begrüßung der aus der Fremdenlegation befristeten Vertreter durch Deutschland nicht gelegen sei und schließlich sich die ohnehin ungeliebte deutsche Position auf die empfindliche Weise.

Alle Vorgänge gehören der Geschichte an und werden hier nicht erwähnt, um gegen die österreichische Regierung Vorwürfe zu erheben. Im Gegenteil, die österreichische Regierung soll sich in der Hinsicht als gerecht erweisen, wenn sie sich auf die Bohrung reichlicher Interessen bedacht ergibt. Ihre selbständige Politik ist und sich von dem Abenteuerlust der deutschen Marokko-Politik nicht im Schlepptau nehmen ließ. An dem völlig dem Ausgang der deutschen Aktion hätte sie ja doch nicht teilhaben können; sie handelte nur Klug, wenn sie darauf bedacht deutsche Blamagen nicht zur österreichischen Blamage werden lassen.

Wenn jetzt maßgebende Stellen der deutschen auswärtigen Politik in der serbischen Frage auf jedes selbständige Urteil verzichten wollen und sich damit begnügen, das Einverständnis zwischen Österreich und allen Vorarbeiten, die die österreichische Regierung begehrt und noch begehrt wird, so ist das nicht so, wie Österreich Deutschland gegenüber in Marokkooffiziere dementsprechend behandelt hat. Es liegt ja gut, wenn man sagt, Österreich sei in Algeciras Deutschlands hiesiger Sekundant gewesen, und darum müßte jetzt Deutschland jedes Bögen und Schwanken der österreichischen Politik in ihre letzten Konsequenzen hinein mitmachen und verteidigen. In der auswärtigen Politik des Reiches seit vielen Jahren ist so große Rolle gespielt haben, mit denen oder regelmäßig das genaue Gegenteil von dem erreicht worden ist, was man erreichen wollte. Mit der dramatisch betonten Freundschaft Österreichs, mit dem Verzicht nach eigenem Urteil eigenen Interessen entsprechend sein Verhalten einzurichten, bringt man sich bloß deutsche Interessen in Gefahr, sondern leistet man auch Bundesgenossen keine nützlichen Dienste.
In der allerersten Zeit werden wahrscheinlich die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Russlands in Wien Einberufung einer neuen Balkan-Konferenz in Aussicht genommen. Für die Einberufung einer solchen Konferenz sind zahlreiche ausgezeichnete Gründe vor, von denen einer jeden durchschlagend ist. Da der durch den Berliner Kongreß und den abgebrochenen Balkanvertrag durch Österreichs und Bulgariens eigenmächtiges Vorgehen und ihre späteren Verhandlungen der Türkei erhebliche Abänderungen erfahren hat, entspricht nur der Billigkeit, daß diese Abänderungen wenigstens noch der Billigkeit von jener Instanz ratifiziert werden, ohne deren Einwilligung sie rechtlich gesehen gar nicht hätten vorgenommen werden können, nämlich der Konferenz der Berliner Vertragsmächte. Die Abänderung einer solchen Konferenz hätte aber außerdem auch den Nutzen, daß Serbien, seinen Verpflichtungen gemäß, die Ergebnisse der Konferenz abwarten, so daß die erregte Stimmung des kleinen Landes Zeit fände, sich wieder beruhigen zu lassen.

Es ist nicht einzusehen, warum man sich bisher von welcher Seite diesen Konferenzgedanken gegenüber durchaus abzuwenden verhält. Damit leistet man weder Deutschland noch Österreich selbst einen guten Dienst; denn man legt damit Österreich auf eine Richtung seiner Politik fest, die es vielleicht doch auf die Dauer einhalten kann. Auf diese Weise hilft man Bundesgenossen und sich selber in einen Sumpf hineinzuziehen, aus dem später ein Ausweg schwer zu finden sein wird. Österreichs angebliche Sekundantendienste in Marokko sind jedenfalls des deutschen Vorkriegs nicht derbeigeführt; diese also keineswegs gleiches mit Österreich vergelten, wenn es jetzt durch alle diese Sekundantendienste ein österreichisches Blo im Orient verhält.

Serbien.

Belgrad, 8. März. Die Verhältnisse in Serbien werden immer schlimmer. Es scheint, daß schon in der nächsten Zeit eine neue Revolution droht. Das Kabinett Komowitsch ist gegen die im Lande herrschende Kriegsstimmung völlig machtlos. Ein Ersatz-Kabinett soll ein aus militärischen Persönlichkeiten gebildetes Kabinett sein, dessen Aufgabe sein wird, die Intentionen des Vorkriegs zu erneuern, dessen Aufgabe sein wird, die Intentionen des Vorkriegs zu erneuern, dessen Aufgabe sein wird, die Intentionen des Vorkriegs zu erneuern.

Belgrad, 8. März. Es verlautet, Rußland habe die serbische Regierung um erläuternde Aufklärungen über einige Stellen der serbischen Antwort ersucht.

Die Mitteilung, daß die österreichisch-ungarische Regierung beschlossen habe, den Handelsvertrag mit Serbien nicht den Parlamenten vorzulegen, rief in der serbischen Handelswelt einen ungünstigen Eindruck hervor.

Serajewo, 8. März. Blättermeldungen zufolge finden an der Grenze bedeutende serbische Truppenansammlungen statt. Angeblich sind bereits 60000 Mann konzentriert. Man sieht vieler Meinung in militärischen Kreisen nicht ohne Bedauern entgegen. Weitere Truppennachschüsse finden beständig statt.

Konstantinopel, 8. März. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß der serbische Minister keine endgültige Entscheidung wegen der serbischen Kriegsmaterialtransporte dahin getroffen habe, daß die Erlaubnis nicht erteilt werden könne, wenn nicht Serbien „bedeutende Aufschlüsse über den Zweck der großen Käufe von Kriegsmaterial“ geben werde.

Aus dem türkischen Parlament.

Konstantinopel, 8. März. Der Präsident teilte den Eingang des österreichisch-ungarisch-serbischen Protokolls und des Ministerberichts mit. Es wurde beschlossen, beide Dokumente der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu übermitteln und die Debatte darüber so lange zu vertagen, bis der Bericht der Kommission eingelaufen sei. Das Haus lehnte die Debatte über die Reformen ab und überließ eine Anzahl von Anträgen den Kommissionen, darunter einen Antrag, die Einkünfte aus den Bergbauarbeiten dem Reichsministerium zu überweisen, einen anderen, die Innereinkünfte für den Kasernenbau abzugeben.

Konstantinopel, 8. März. Die Soloh medel, daß Bulgarien gegenwärtig offiziell und in noch größerem Umfang als früher seine militärischen Vorbereitungen fortsetze. Es habe abermals die Mobilisierung der 2. Division angeordnet.

Sera, 8. März. Der Gouverneur von Redsch in Arabien verlangt eine große Truppenabteilung gegen 40000 auf. Arabische Kräfte, abermals müßte er mit Schwarm, durch Kräfte zurückgeworfener Truppen die Provinz Redsch verlassen.

Das Ende des Kölner Herztstreiks.

Aus Köln wird uns vom 8. d. M. geschrieben:

Der Herztstreik, der seit 1. Februar hier tobte, wurde gestern in einer großen Versammlung von Klassenvertretern, Mitgliedern und Arbeitgebern für beendet erklärt. Die Klassen haben ausreichenden Erfolg für die streikenden Ärzte gefunden, so daß Beschwerden wesentlicher Art bei der Aufsichtsbehörde nicht angebracht werden konnten. Die Behörden halten die Zahl der angestellten Ärzte für ausreichend; es sind 80 an der Zahl, die sich zum größten Teil aus alten Kölner Ärzten, die bisher für die Klassen tätig waren, und aus 20 von Leipzig zugezogenen zusammensetzen.

Die Niederlage des Leipziger Herztverbandes ist eine vollständige! In der den Streik abschließenden Verammlung referierte Julius Fräßdorf, Dresden über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten im allgemeinen; ein Kölner Klassenvertreter berichtete über den gegenwärtigen Stand in Köln.

Fräßdorf bedauerte, trotz des für die Klassen günstigen Ausgangs, daß der Leipziger Verband von vornherein und fort und fort seine Spitze in ungerichteter Weise gegen die Krankenkassen lehre und künstlich Streit und Streiks provoziere, wo keine Veranlassung dazu vorhanden sei. Daß die Ärzte ihre Lage verbessern wollten, könne ihnen niemand verdenken, dabei werden ihnen die Klassenvertreter nicht hinderlich, sondern förderlich sein. Wenn sie aber die wirtschaftliche Mißlage eines Teiles der Ärzte den Klassen aufs Konto schreiben, so heiße das die Wahrheit auf den Kopf stellen. Die Bezahlung der Ärzte solle und müsse eine anständige sein, sonst litten die Mitglieder darunter. Die Frage der freien Arztwahl aber zu entscheiden sei lediglich Sache der Klassenmitglieder, keineswegs der Ärzte, für welche es auch noch kein Recht auf Arbeit gebe. Die freie Arztwahl sei gemäß etwas Schönes, was schon ist, ist aber nicht immer praktisch, und so sei es hier. Die freie Arztwahl erfordere so große Summen für Arzt, Medizin und Krankengeld, daß ein Ausbau der Krankenkassen dabei unmöglich sei; deshalb, nicht aus Mangel, sind die Klassenvertreter gegen die Zulassung aller Ärzte, die sich zur Klassenpraxis bereit erklären. Die Honorarforderungen des Leipziger Verbandes an die Klassen seien so hoch, daß man sagen müsse: „So viel Geld gibt es gar nicht!“ Fräßdorf empfahl auch hier wieder die Schaffung zentraler Vertragsverhältnisse zwischen Klassen und Ärzten, die schon angebahnt waren, auf Wunsch der Ärzte aber wegen des Kölner Konfliktes abgebrochen wurden.

Der zweite Referent berichtete eingehend über die einzelnen Phasen des Kampfes, der für die Ärzte zum Teil deshalb so ungünstig verlaufen sei, weil die Behörden, entgegen ihrem Verhalten im Jahre 1904, völlig unparteiisch blieben. Die Ärzte haben es so toll getrieben, daß sie nicht nur die sonst für sie so tätigen Behörden abtöten, sondern daß sich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, freie Gewerkschaften, christliche und kirchlich-kundliche Anhänger wie ein Mann gegen die alten Ärzte und ihre unerhörten Forderungen wandten, und das will in Köln etwas bedeuten!

Die Debatte war lebhaft und für die alten Ärzte nicht schmeichelhaft. Von zwei Rednern wurden ebenso unglückliche wie ungeschickte Versuche gemacht, für die alten Ärzte einzutreten. Mit voller Einmütigkeit nahm die Versammlung eine Resolution an, durch welche das Vorgehen der Klassenvertreter gebilligt und ihnen Dank abgestattet wird. Auf weitere Anzettelungen der alten Ärzte soll öffentlich nicht mehr reagiert werden. Den Behörden wurde Anerkennung dafür ausgesprochen, daß sie völlig unparteiisch geblieben seien.

So ist nun die Frage in Köln gelöst; hoffentlich ziehen die Ärzte die nötigen Lehren daraus und treiben es anderwärts nicht auch „zu m B r e c h e n“ wie in Köln. Schon stehen andere große Klassen bereit, mit dem unhaltbaren System der freien Arztwahl zu brechen. Klassenvertreter und Ärzte sollen aber nicht miteinander kämpfen, sondern zum Wohle der Gesamtheit friedlich zusammenwirken; dabei finden die Ärzte sicherlich ihre Rechnung!

Die von der großen Versammlung einstimmig angenommene Resolution lautet wie folgt:

„Die Mitgliedsversammlung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) der dem Krankenkassenverbande angehörenden Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen spricht dem Vorstande des Krankenkassenverbandes ihre Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit in bezug auf die Versorgung der Klassenmitglieder mit ärztlicher Hilfeleistung aus. Sie befindet sich im vollen Einverständnis mit dem vom Krankenkassenverbande getroffenen Beschlüssen. Die Versammlung erklärt die in dem offenen Briefe an den Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Eggeling von Bethmann-Hollweg, enthaltene Behauptung des Herztverbandes, daß der Kölner Krankenkassenverband die alten Kölner Ärzte von jeder lösnützlichen Tätigkeit ausgeschlossen habe, für eine auf Verfeinerung der öffentlichen Meinung berechnete Unwahrheit. Sie stellt fest, daß der Kölner Krankenkassenverband im weitestgehenden Maße bereit gewesen ist, die eingekesselten Kölner Ärzte in der den Krankenkassenmitgliedern entsprechenden Zahl unter durchaus handelsmäßigen Bedingungen anzustellen, daß dagegen der Herztverband die Kölner Ärzte planmäßig schon seit Jahren unter Abnahme des Ehrenwortes zum Streik gegen die Klassen organisiert hat, und daß bei den Einigungsverhandlungen unter dem Vorherrsche des Herrn Oberbürgermeisters der Vermittlungsvorschlag des letzteren, 100 Kölner Ärzte (einschließlich der bereits vertraglich verpflichteten) anzustellen, welchen die Vertreter der Klasse annehmen bereit waren, vom Herztverband mit der Begründung abgelehnt wurde, entsprechend den Beschlüssen der Deutschen Herztliga auf Zulassung sämtlicher Ärzte, die der Stammsorganisation angehören, bestehen zu müssen. Die Versammlung muß die Schuld an dem vom Baun gebrochenen Streik der Kölner Ärzte allein dem Herztverbande zuschreiben, der, geküßt auf seine Machtstellung, an dem unüberwindlichen Prinzip der organisierten freien Arztwahl, wodurch die Klassen in der Hauptstadt vom Herztverbande beherrscht und der Gefahr des finanziellen Ruins ausgesetzt werden, festhielt und die unter dem Joche ehrenwörtlicher Verpflichtung stehenden Kölner Ärzte nicht frei geben wollte, so daß diese Ärzte, um nicht einer herabwürdigen und gesellschaftlichen Achtung seitens des Herztverbandes anheimzufallen, ihre Herztliga auf den Abschlus von Verträgen mit dem Krankenkassenverbande verzichteten. Die Versammlung beklagt dem Staatssekretär ihre volle Sympathie und Zustimmung aus zu den besten Worten, die er in der Sitzung des Reichstags vom 8. Februar 1909 über die Auswüchse des Koalitionswesens innerhalb des Herztverbandes und die Verhinderung von Kranker und Sterbender gesprochen hat. Die Versammlung erwartet, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die den Klassen einen wirksamen Schutz vor Vergewaltigungen durch den Herztverband gewährleisten, und wodurch die eine schwere Schädigung der Allgemeinheit bedeutenden Erfolge erlangen. Wie sie durch die unter mißbräuchlicher Benutzung des Ehrenwortes ausgeübten Terrorismus des Herztverbandes hervorgerufen sind, für die Folgezeit ausgeschlossen werden. Die Versammlung erntet die von den Aufsichtsbehörden gewährte Neutralität an und weist den neuerdings wieder gemachten Versuch des Herztverbandes, in den entstandenen Streit politische Momente hineinzutragen, entschieden zurück. In Köln stehen Schlichter an Schlichter Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf ihre politische Bestimmung in Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen einträchtig zusammen. Sie alle sind sich bewußt, daß der Kampf geführt werden mußte, um die Krankenkassen ihrem sozialen Zwecke zu erhalten. Die Versammlung verpflichtet sich daher, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Durchführung des neuen Vertrags einzutreten und erwartet vom Vorstande des Krankenkassenverbandes, daß er sich auf eine weitere Polemik mit den Gegnern nicht einläßt, vielmehr seine Kraft dem weiteren Ausbau des neu eingeführten, im Interesse der Mitglieder und der Klassen liegenden Systems der beschränkten freien Arztwahl widmet.“

Köln, 8. März. Der Kölner Regierungspräsident hat zum Herztstreik eine Erklärung erlassen, in der betont wird, daß infolge der Weigerung der Landärzte, die durch den Krankenkassenverband ihnen überwiesenen Kranken Personen in Behandlung zu nehmen, die Aufsichtsbehörde verpflichtet gewesen sei, einzugreifen, um durch Klage im obernichtlichen Rechtswege die Verpflichtung der Ärzte zur Behandlung der ihnen überwiesenen Kranken festzusetzen.

Deutsches Reich.

Der Steuer-Schwindel.

Die Frankfurter Zeitung schilbert in einem Berliner Telegramm die Steuer-Situation und die Rolle Bülow's in ihr also:

„Was ist richtig: das Kompromiß ist unter Mitwirkung des Reichsfiskus zu kommen und würde gar nicht unannehmlich kommen sein, wenn dieser gewandte Menschenkämpfer sich nicht sehr sehr darum bemüht hätte. Das ist das nun getan, weil er in dem Kompromiß wirklich ungefähr die gleiche Bilanz hat und den Bundesrat und eine Mehrheit des Reichstags dafür zu gewinnen